

E 2001 (D) 1968/74/14

*Le Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher,
au Chef de la Division des Affaires étrangères
du Département politique, P. Bonna*

L

Berlin, 23. November 1944

Ich beziehe mich auf unsern Briefwechsel¹ betreffend Ausreise ungarischer Juden nach der Schweiz und beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich zusammen mit der Abteilung für Schutzmachtangelegenheiten und der hiesigen Delegation des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, die sich von verschiedenen Seiten alle mit dieser Angelegenheit befassten, versuchte, den Sachverhalt abzuklären.

Es ergab sich, dass die derzeitige rechtliche Lage der Budapester Juden in einer Niederschrift festgehalten ist, welche der deutsche Gesandte in Ungarn, Herr Veesenmayer, Ende Oktober Herrn Dr. Schirmer, Delegierter des Internationalen Komitees, übergab. Das Original dieses Dokumentes dürfte mittlerweile in Genf, eine Kopie davon bei der Abteilung für Fremde Interessen Ihres Departements eingetroffen sein. Dieses Dokument liegt mir im Wortlaut nicht vor, und ich möchte mich auf Grund der mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Schirmer dazu nicht äussern.

Dieser Niederschrift sind zahlreiche Verhandlungen, Zusagen und Aktionen vorangegangen². Um nur einige zu erwähnen, sei angeführt, dass die Ungarische Regierung im Mai dieses Jahres sich verpflichtete, über 200 000 Juden aus Budapest nach dem Reich zu verschicken, gegen die Verpflichtung der Reichsregierung, 8000 Juden mit Palästina-Zertifikaten frei ausreisen zu lassen. Nach den Interventionen des Königs von Schweden³, des Internationalen Komitees und anderer Stellen, verfügte der Reichsverweser, dass keine Juden mehr nach Deutschland verschickt werden sollen, worauf die Reichsregierung ihrerseits die Ausreise der 8000 Juden nicht gestattete. Dann zogen jüdische Kreise vor

1. Cf. N° 263. *L'orthographe des noms propres du document 299 a été corrigée.*

2. Cf. E 2001 (D) 1968/74/6.

3. *Gustav II.*



dem Zusammenbruch der rumänischen Front eine Aktion auf, um 2000 Juden die Ausreise nach Palästina zu gestatten, wobei sie als Gegenleistung amerikanische Lastwagen, die in der Türkei waren, der SS anboten. Durch Dazwischentreten der Amerikanischen Regierung wurde die Lieferung der Lastwagen verboten. Offenbar sind die Verhandlungen, welche Herr Becher, mit Herrn Saly Mayer, dem Vertreter des Joint Committee führt, eine Fortsetzung dieses Geschäfts⁴. Inzwischen wurde von den portugiesischen und schwedischen Vertretungen in Ungarn sogenannte Schutzpässe an gewisse Juden verteilt. Ebenso verteilte das Internationale Komitee einige hundert Schutzpässe an Juden, die in seiner Hilfsaktion mitarbeiteten. Andere Aktionen betrafen Juden, die die Erlaubnis hatten, nach Tanger reisen zu dürfen und die, zum Teil gefälschte, fremde Ausweispapiere, vornehmlich südamerikanische, besaßen. Eine weitere Aktion betraf 1600 Juden, die wahrscheinlich von den Herren Mantello und Konsorten losgekauft werden wollten. Diese wurden, um sie für die Ausreise beieinander zu haben, nach Bergen-Belsen verbracht. Als die Gegenleistung für eine erste Gruppe von 318 Juden, die von Herrn Bührle von der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon durch Lieferung von Werkzeugmaschinen (wie Dr. Schirmer ausführte) erbracht wurde, in Deutschland eintraf, wurden sie bekanntlich an der Schweizergrenze abgeliefert. Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Eine Klarstellung könnte nur durch Prüfung der Akten des Internationalen Komitees und der Abteilung für Fremde Interessen erfolgen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die deutschen Behörden sich an ihre früheren Zusagen, Teile der Judenschaft Budapests ausreisen zu lassen, nicht mehr gebunden fühlen, weil die für dieses «Entgegenkommen» seitens der Ungarischen Regierung und seitens gewisser jüdischer Organisationen und Finanzgruppen in Aussicht gestellten Gegenleistungen entweder nachträglich abgelehnt oder noch nicht bindend zugesagt wurden. Alle ungarischen Juden haben somit zur Zeit keinen Anspruch auf Ausreise und die Demarchen der Gesandtschaft beim Auswärtigen Amt für die Gruppe in Bergen-Belsen und die zweite Gruppe von 8000 Juden aus Budapest haben nur moralischen Wert.

Ob es doch noch zu einer Ausreise von Juden kommt, hängt vom Gang der weitem Verhandlungen der Vertreter der verschiedenen jüdischen Organisationen ab. Für die Demarchen von Herrn Saly Mayer wird in Kreisen des Internationalen Komitees vermutet, dass sie hauptsächlich auf Zeitgewinn gehen, da die Waren, welche von der SS als «Kaufpreis» verlangt werden, wohl einer Gattung angehören, die von den Alliierten nie zur Ausfuhr nach Deutschland freigegeben werden wird.

Für den Fall, dass Sie mich beauftragen wollen, beim Auswärtigen Amt, unbekümmert um den Stand der direkten Verhandlungen zwischen der SS und den Interessierten, diese Angelegenheit vorwärts zu treiben, möchte ich anregen, dass Sie mich gleichzeitig auch über deren Lage verständigen, damit ich in voller Kenntnis aller Einzelheiten handeln kann.

Es sei noch beigefügt, dass neben allen diesen Bestrebungen noch von Baron Mauthner in Wien für die ungarische jüdische Familie Weisz und ihren Anhang sowie für einen weitem ihr nahestehenden Personenkreis ebenfalls auf eine

4. Cf. Nos 200 et 219.

Verständigung mit der SS hingearbeitet wird. Die seinerzeit mit der «Swissair» in Dübendorf ohne Pässe eingetroffenen Juden, deren Pässe tags darauf mit falschen Einreisevisen nachgeliefert wurden, gehören zu diesen von Baron Mauthner betreuten Leuten⁵.

[...]

P.S. Heute habe ich bei Staatssekretär Steengracht noch einmal darauf hingewiesen, dass die Schweiz bereit sei, den ungarischen Juden, die noch in Bergen-Belsen sind, die Einreise zu gestatten und dass sie auch gewillt sei, andern ungarischen Juden mit ausländischen Sichtvermerken und Schutzpässen die Ausreise über die Schweiz zu erleichtern. Ich habe aber betont, dass wir eine rechtzeitige Verständigung wünschen.

ANNEXE

E 4800 (A) 1967/111/206

*Le Ministre de Suisse à Berlin, H. Frölicher,
au Chef de la Division de Police du Département de Justice et Police, H. Rothmund*

L Persönlich und vertraulich

Bern, 25. November 1944

Lieber Herr Rothmund,

Ihr Schreiben vom 20. dieses Monats hat sich mit meinem gekreuzt vom 23. November⁶, das Ihnen Aufschluss gibt über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der ungarischen Juden. Wir haben jetzt auch eine Verbindung mit dem Hauptamt der SS, sodass ich Ihnen in den nächsten Tagen noch weitere Aufschlüsse zu dem Thema geben kann.

5. *Le Baron Mauthner avait aussi proposé que des Hongrois puissent se réfugier en Suisse afin d'échapper aux Russes. Son exposé avait été transmis aux autorités fédérales par le Professeur C. J. Burckhardt. Afin d'y répondre, une discussion a eu lieu réunissant le 26 octobre: F. Walther, du Bureau du Délégué du Conseil fédéral aux œuvres d'entraide internationale, F. Wagnière, du Département politique et O. Düby, de la Division de Police du DJP: Das Exposé Mauthner würde vorsehen, dass Flüchtlinge aus Ungarn, die zufolge der herannahenden Russen das Land verlassen wollen, nach der Schweiz weitergeleitet werden. In der Hauptsache dürfte es sich also um Leute handeln, die nicht Juden sind, und die vielleicht einen besonderen Grund zur Angst vor den Russen haben. Das der Herr GESTAPO-Chef, Dr. Ebner von Wien, auf den Vorschlag Mauthners sein Einverständnis dazu erklärt hat, auch Juden unter diesen Flüchtlingen aufzunehmen, erweckt ein wenig den Eindruck, dass die andern Flüchtlinge damit der Schweiz schmackhafter gemacht werden sollen. Nach unserer Auffassung ist es vorerst Sache Deutschlands, die Flüchtlinge aus Ungarn, die dem Krieg und den Russen entweichen wollen, bei sich aufzunehmen. Bei einer Durchführung des Planes Mauthner würde wohl die Gefahr bestehen, dass gerade die Leute, denen wir in erster Linie helfen möchten (Ungaren, die sich gegen den herrschenden Kurs auflehnen, und Juden, die mit der Vernichtung bedroht sind), nicht in die Schweiz gelangen könnten. Wir sind daher zum Schluss gekommen, dass es angezeigt erschiene, Herrn Professor Burckhardt zu antworten, dass ein Eintreten auf den Plan Mauthner auf Grund der erhaltenen Angaben wenig zweckmässig erscheine, dass vielmehr die direkten Bemühungen der Schweiz um Durchlassung der Flüchtlinge, die wir aufnehmen möchten, weiter verfolgt werden sollten. (Notice de O. Düby pour H. Rothmund du 27 octobre 1944, E 4800 (A) 1967/111/206)*

6. *Cf. le document principal et ci-dessus N° 294.*

23 NOVEMBRE 1944

747

Bezüglich der Behandlung von Frau Steengracht sind wir also der gleichen Meinung. Der Staatssekretär selbst weiss, dass der Rothmund der ungarischen Juden auch der Rothmund der Frau Steengracht ist. Aber ich weiss auch, dass Steengracht bezüglich der Judenbehandlung so denkt wie wir, sonst hätte ich von ihm nicht das Wort Gentleman gebraucht. Aber leider hat das Auswärtige Amt hier noch⁷ weniger zu sagen als bei uns das Politische Departement.

Wie ich Ihnen schrieb, befassen wir uns zur Zeit nicht nur mit den ungarischen Juden im Lager von Bergen-Belsen, sondern auch mit den ungarischen Juden, die palästinensische Ausreisegescheinvermerke haben oder denen Schutzpässe von gewissen Gesandtschaften ausgestellt worden sind. Bei der SS scheint in den Auffassungen insofern eine Wandlung eingetreten zu sein, als diese Brüder nun die Juden nicht mehr verkaufen, sondern gegen Deutsche im deutschfeindlichen Ausland oder «Deutschstämmige» austauschen wollen. Man findet offenbar, dass diese Lösung weniger anstössig sei. Der Staatssekretär war jedenfalls erstaunt, als ich ihm bei meinem letzten Besuch Andeutungen über das Verkaufsgeschäft machte. Auf alle Fälle wird man gut tun, den Faden nicht abbrechen zu lassen, damit die SS ein Interesse hat, die Juden am Leben zu erhalten. Ich werde auch sehen, ob ich die Delegation des Internationalen Roten Kreuzes unterstützen kann, dass ein Vertreter die Erlaubnis erhält, die in Betracht kommenden Judenlager zu besuchen. Bisher hat sich die SS gegenüber solchen Gesuchen immer ablehnend verhalten. Meine Schritte beim Staatssekretär, dass die Lager in Auschwitz und Birkenau von einem Rotkreuzdelegierten besucht werden dürfen, wo uns insbesondere die polnischen Häftlinge interessieren, sind bisher ohne Ergebnis geblieben.

Was nun die Frage einer allgemeinen Demarche wegen der Judenbehandlung betrifft, so frage ich mich, ob es sehr würdig ist, jetzt, wo wir vor Deutschland keine Angst mehr zu haben brauchen, diesen Schritt zu tun, weil es bei den Alliierten guten Eindruck machen würde. Wie gesagt, glaube ich auch nicht, dass ein solcher Schritt den Juden etwas nützen würde. Es ist besser, wenn wir so vorgehen wie bis anhin. Aber vielleicht haben Sie recht. Unterbreiten Sie doch die Frage dem Bundesrat. Wenn dieser der Ansicht ist, dass es für eine solche Demarche an der Zeit wäre, so werde ich mich gern eines Bessern belehren lassen. Aber der Auftrag sollte in dieser grundsätzlichen Frage vom Bundesrat ausgehen, sowohl wegen der Wirkung hier, als bei den Alliierten. Ohne Wissen und Einverständnis des Bundesrates möchte ich nicht in das Wespennest langen.

Mit freundschaftlichen Grüssen bin ich.

7. *Frölicher a biffé le mot noch et a écrit dans la marge un mot difficilement lisible: resp. ou viel.*